

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP

auf Annahme einer EntschlieÙung

Solidarität mit Israel – Jüdisches Leben in Berlin schützen – Gegen jeden Antisemitismus!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus von Berlin steht solidarisch an der Seite Israels und bekennt sich zu Israels Existenz- und Selbstverteidigungsrecht. Antisemitische Hasstiraden gegen Israel und Jüdinnen und Juden, die den Terror der Hamas unterstützen, wie bei Demonstrationen am letzten Wochenende, sind inakzeptabel und unerträglich.

Unsere Stadt hat die historische und ethische Verantwortung, jüdisches Leben zu schützen und Antisemitismus in all seinen Formen entgegenzutreten. Jüdisches Leben gehört zu Berlin. Wenn offen zu Gewalt gegen Jüdinnen und Juden aufgerufen wird, wenn Israel-Flaggen brennen, wenn es auf Kundgebungen zu Ausschreitungen kommt, muss der Rechtsstaat konsequent handeln, die Täterinnen und Täter verfolgen, und die demokratische Zivilgesellschaft muss aufstehen. Wir rufen alle Berlinerinnen und Berliner auf, ein Zeichen der Solidarität zu setzen. Wir stehen fest an der Seite der Jüdinnen und Juden und aller von Antisemitismus Betroffenen.

Diese gewalttätigen Ausschreitungen sind ein Angriff auf uns alle. Berlin duldet weder völkischen, religiös fundamentalistischen oder antiisraelischen Hass. Dies gilt für alle Berlinerinnen und Berliner, mit und ohne Migrationsgeschichte. Das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels ist Teil unseres Wertekonsenses. Wir werden nicht zulassen, dass der gewalttätige Hass auf den Demonstrationen auf das Leben und den Alltag der Berliner Jüdinnen und Juden übergreift und diesen bedroht. Die Ausschreitungen der vergangenen Tage sind auch ein Angriff auf unsere freiheitliche Gesellschaft. Zu Recht hat der Senat den Schutz jüdischer Einrichtungen erhöht und muss diesen der Sicherheitslage weiterhin anpassen.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat eine umfassende Antisemitismus-Präventionsstrategie auf den Weg gebracht (Drs. 18/1061). Wir brauchen eine starke Zivilgesellschaft, die mit Bildung und Prävention immer wieder Demokratie, Rechtsstaat und den Zusammenhalt unserer weltoffenen Gesellschaft vermittelt. Dazu gehört, das Existenzrecht Israels und die Unversehrtheit jüdischen Lebens in Berlin anzuerkennen – und zwar von allen Berlinerinnen und Berlinern.

Denn Antisemitismus reicht bis in die Mitte der Gesellschaft. Erneut wurde durch die „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin“ (RIAS) die Zunahme antisemitischer Vorfälle in unserer Stadt festgestellt. Angetrieben wurde dieser Antisemitismus insbesondere im Umfeld der Demonstrationen von Corona-Leugnern und durch antisemitische Verschwörungserzählungen. Unser Kampf gilt daher jedem Antisemitismus – dem modernen Antisemitismus, dem Post-Schoa-Antisemitismus, dem israelbezogenen Antisemitismus und dem islamischen Antisemitismus, auf den die jüngsten Hasseskalationen erkennbar zurückgehen.

Die überfraktionelle Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Antisemitismus hat sich bewährt und ist gerade in einem Wahljahr dringend notwendig.

Berlin, den 20. Mai 2021

Saleh
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Dregger
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der CDU

Helm Schatz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Czaja
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der FDP